

Dieses Zeitung erschieint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 20 Pf. für die 3. gewöhnliche Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Drey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Dröll, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitr. 7. 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Die Arbeitslosenversicherung.

VI.

#### Versicherungsleistungen.

#### 2. Dauer der Unterstützung und Krisenfürsorge.

Nach dem Entwurf soll sich die Versicherungsleistung auf 26 Wochen erstrecken. Sie soll auf 39 Wochen ausgedehnt werden können bei besonders ungünstigem Arbeitsmarkt und bis auf 13 Wochen gesenkt werden können bei besonders günstigem Arbeitsmarkt. Diese Anordnungen können gegebenenfalls auf bestimmte Berufe und Bezirke beschränkt werden. Damit übernimmt der Entwurf die heute in der Fürsorge geltenden Grundsätze, nur daß diese im § 18 Abs. 3 noch die Bestimmung hat, daß das erste Arbeitsamt „zur Vermehrung unbilliger Härten — die Fürsorge ausnahmsweise über das zulässige Höchstmaß hinaus verlängern darf, jedoch nicht um mehr als 13 Wochen“. Diese letztere Bestimmung fällt künftig fort. Als Regel werden 26 Wochen, als Ausnahme 39 (resp. 13) Wochen das Höchstmaß der Unterstützungsdauer in der Versicherung sein. Allerdings will der Entwurf die Möglichkeit schaffen, daß in Zeiten eines besonders schlechten Arbeitsmarktes eine Weiterverföderung der Erwerbslosen eintritt. Dieses soll geschehen in Form einer besonderen Krisenunterstützung, die nicht eine Leistung der Versicherung darstellt, sondern getrennt von ihr berechnet wird und deren Kosten zu drei Vierteln vom Reich und einem Viertel von den Gemeinden getragen werden sollen. Während die Versicherungsleistung jedem Versicherten auf Grund seiner Beitragsleistung zufällt, also nicht an den Nachweis der Bedürftigkeit der Erwerbslosen gebunden ist, sollen Krisenunterstützung nur von der Versicherung ausgesetzte Erwerbslose erhalten, die „arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unrentwillig arbeitslos und bedürftig sind“. Gegebenenfalls sollen auch solche Versicherte die Krisenunterstützung erhalten können, die die Anwartschaftszeit noch nicht erfüllt und daher keinen Anspruch auf die Versicherungsleistung haben.

Nach dem Entwurf soll die Höchstdauer der ordentlichen Versicherungsleistung anders berechnet werden, als dieses bisher in der Erwerbslosenfürsorge geschah. Es war der Anspruch erloschen, wenn innerhalb 52 Wochen die Höchstdauer erreicht war. Es durfte also nie mehr als für die zugelassene Höchstdauer in den dem jeweiligen Unterstühtungstag vorausgehenden 52 Wochen unterstüht werden. Diese Bestimmung verlor ihren Sinn, als die Unterstühtungsperioden auf 39 und einschließlich § 18 Abs. 3 auf 52 Wochen ausgedehnt wurden, wie es heute fast überall geschieht. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten führten zu der Abänderungsverordnung vom Ende 1926. An diese Neuordnung knüpft nun der Versicherungsentwurf an. Der Anspruch auf Unterstühtung soll erlöschen, wenn die Unterstühtung für insgesamt 26 (bzw. 39) Wochen gewährt ist. Sie darf erst dann wieder gewährt werden, wenn die Anwartschaftszeit von neuem erfüllt ist. Es tritt also ein Unterstühtungsfall erst ein, so hat der Erwerbslose Anspruch auf 26 Wochen Unterstühtung. Er kann nun je nach Lage des Arbeitsmarktes diese 26 Wochen hintereinander beziehen, oder er kann den Bezug mehr oder weniger oft und mehr oder weniger lange durch dazwischenliegende Unterstühtungsperioden unterbrechen. In jedem Fall rechnen also alle Unterstühtungstage seit dem ersten Bezug zusammen, bis er die Höchstdauer erreicht hat, also 26 bzw. 39 Wochen. Diese Berechnungsform hat den Vorzug der Einfachheit und würde auch den Versicherten nicht im Bezüge schädigen, wenn nicht die viel zu enge Bestimmung wäre, daß nach Abschluß der Unterstühtungsperiode, also nach Erreichung von insgesamt 26 Wochen, erst dann erneut Unterstühtung gewährt werden kann, wenn die Anwartschaftszeit von neuem erfüllt ist. Der Versicherte muß also nach dem Entwurf nach Abschluß seiner Gesamtunterstühtungsperiode erst wieder erneut 26 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gefunden haben, ehe ein neuer Anspruch entsteht. Diese Formel schädigt insbesondere solche Versicherte, bei denen kürzere Arbeitslosenzeiten und längere Beschäftigungszelten häufiger abwechseln.

Soweit der Entwurf. Würde die Arbeitslosenversicherung zur Zeit eines normalen Arbeitsmarktes mit erträglichem Arbeitslosenbestande und nur geringen Schwankungen (wie sie der Arbeitsmarkt etwa in der Vorkriegszeit darstellte) angeführt, so ließen sich viele Vorschläge des Entwurfs anerkennen. Dem Prinzip, die Versicherungsleistung grundsätzlich auf 26 Wochen zu bemessen, verbunden mit der Möglichkeit, notwendigenfalls für einzelne Bezirke oder Berufsgruppen diese Frist auf 39 Wochen zu erhöhen, könnte dann zugestimmt werden. Aber die Versicherung muß eingeführt werden in einer Zeit der härtesten Krise, und zwar einer Krise, deren Ablauf heute niemand ermessen kann. Es droht die Gefahr, daß die deutsche Wirtschaft noch auf lange hinaus, vielleicht auf Jahre hinaus, einen überaus großen Teil der Arbeitnehmer nicht beschäftigt wird. Unter diesen Umständen muß die Versicherung von vornherein die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beträchtlich weiter ziehen, als der Entwurf es tut. Es genügt nicht, wie die furchtbaren Zahlen über die

Unterstützungsdauer der derzeit Unterstühten zeigen, die Unterstühtungsperioden mit 26 bzw. höchstens 39 Wochen abzuschließen. Von den zur Zeit Unterstühten beziehen 315.000 bereits seit über 26 Wochen bis zu 39 Wochen ihre Unterstühtung, 256.000 Personen sind über 39 bis zu 52 Wochen in Unterstühtung und 192.000 beziehen Krisenfürsorgeunterstützung, sind also mehr als 52 Wochen arbeitslos. Will man nicht von vornherein damit rechnen, daß viele Hunderttausende als von der Versicherung ausgesetzt gleich in die auch für später geplante Krisenfürsorge übergeführt werden, so müssen die Unterstühtungsperioden der Versicherung den Zeitumständen entsprechend wesentlich erhöht werden. Läßt eine spätere günstigere Lage des Arbeitsmarktes die Herabsetzung der Höchstunterstützungsdauer zu, so wird dem dann nichts im Wege stehen. Nur unter dieser Voraussetzung wäre die

gehender häufigerer und längerer Unterbrechung ihrer Arbeitslosigkeit eine länger andauernde Arbeitslosigkeit durchmachen müßten.

### Achtstundentag, Wochenende und Fünftagewoche.

Welche Fälle von Umwälzungen hat die Menschheit erlebt, seit Karl Marx im Jahre 1866 schrieb: Das Erringen des Achtstundentages in der englischen Textilindustrie bedeutet „den Sieg eines Prinzipals“!

Gewiß waren bei den englischen Gewerkschaften 1866 die Meinungen über den Wert einer gesetzlichen Arbeitszeitregelung noch sehr unklar. Der Achtstundentag galt nur für Frauen und Mädchen der Textilindustrie. Der „Sieg des Prinzipals“ aber brachte es mit sich, daß auch die Arbeiter der Textilindustrie Ruhnießer waren, da doch die Eigenarten des Betriebs es nicht gestatteten, daß die Arbeitszeit männlicher Arbeitskräfte eine längere sei als die der weiblichen.

Heute legt sogar der Friedensvertrag von Versailles Zeugnis ab für die geistige Umwälzung, die seit 1866 stattgefunden hat. Wie die deutsche Reichsverfassung verlangt er, die „Arbeitskraft müsse unter dem Schutz des Staates stehen“.

Lange vor dem Kriege gelang es den englischen Gewerkschaften, durch Tarifabschlüsse eine angemessene Arbeitszeit zu erringen. Der englische Arbeiterschutz ist nach dem Buchstaben des Gesetzes hauptsächlich für Frauen und Mädchen bestimmt. So wurde auch das Wochenende ursprünglich gesetzlich nur für Frauen und Mädchen eingeführt. Zuerst durften Textilarbeiterinnen am Sonnabend nur bis 1 Uhr mittags arbeiten. Diese Bestimmung wurde 1903 auf 12 Uhr heruntergesetzt, so daß schon damals die gesetzlich erlaubte Arbeitszeit 56 Stunden betrug. Seit 1919 besteht auch trotz des gesetzlichen Zustandes der Achtstundentag in fast allen Industrien.

Das Wochenende war lange vor dem Kriege zum Gemeingut aller Werktätigen geworden, trotzdem das Gesetz — außer in der Textilindustrie — eine Arbeitszeit bis 4 Uhr nachmittags erlaubt. Allgemein tritt um 1 Uhr Arbeitsruhe ein. Die kleineren Geschäfte, die glauben, am Sonnabend offenhalten zu müssen, schließen dafür an einem Nachmittage in der Woche (gewöhnlich Donnerstag), damit auch ihre Angestellten einen freien Nachmittage haben. In deutschen kapitalistischen Kreisen hört man immer wieder Loblieder singen auf die „Heiligkeit der Familie“, ohne zu begreifen, daß es sich hier in erster Linie um eine wirtschaftliche Frage handelt. Da in England der freie Nachmittage dem Sport und dem Vergnügen dient, ist der Sonntag der Familie geweiht. Vor dem Kriege sprach der Deutsche gern von dem „engherzigen puritanischen England“, weil dort des Sonntags allgemeine Ruhe herrscht und die Masse des Volkes diesen Tag im Kreise der Familie verlebt. Langsam wie immer, merkt man in Deutschland, daß auch im freien Sonnabendnachmittage ein Stück Sozialreform steckt.

Durch den freien Nachmittage ist also in England die wöchentliche Arbeitszeit schon kürzer als auf dem europäischen Festlande. Es ist deshalb unbegreiflich, daß die neue deutsche Bürgerblockregierung die Washingtoner Konvention nur dann ratifizieren will, wenn die anderen Industriestaaten ratifiziert haben. Auf Grund der kürzeren Arbeitszeit in England muß die ganze Kraft der deutschen Gewerkschaften zur schnellsten Durchführung des Achtstundentages verwandt werden. Bekanntlich war die Arbeitszeitkonferenz im April 1926 in London auf Verreiben der englischen Regierung einberufen worden. Wie Premierminister Baldwin sich den englischen Gewerkschaftsführern gegenüber aussprach, müsse seine Regierung volle Klarheit über die Auslegung des Washingtoner Abkommens haben, damit der Achtstundentag in Deutschland durch ein Übermaß von Überstunden nicht ganz illusorisch gemacht werde. Die beim Regierungsantritt vom Reichskanzler Marx abgegebene lahme Erklärung: man sei „zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bereit“, ist deshalb mindestens irreführend. Der Politik des Versteckenspiels muß seitens der Gewerkschaften Einhalt geboten werden.

Bis jetzt hat man in Deutschland immer angenommen, die Fünftagewoche sei eine rein amerikanische Einrichtung. Das ist ein Irrtum. Der letzte Bericht der englischen Gewerbeinspektion zeigt, daß dieses System vereinzelt in England schon einige Jahre besteht. Richtig ist allerdings: die Fünftagewoche hat in Amerika seit zwölf Monaten größere Ausdehnung gewonnen als in England. Die amerikanischen Gewerkschaften haben es sich zum Ziel gemacht, eine große Bewegung zur Erringung der vierzigständigen Arbeitszeit zu inszenieren. Die Idee stammt eigentlich von den „internationalen“ Gewerkschaften, in denen das jüdische Element vorherrscht. Bekanntlich arbeiten die Juden am Sonnabend nicht. Das ist in England gesetzlich erlaubt. Vor dem Kriege arbeiteten die

**Wir**

müssen immer wieder mit der Agitation einsehen, immer wieder aufklären und überzeugen. Einmal

**werden**

auch die Hartnäckigsten einsehen, daß sie sich der Organisation anschließen müssen, wenn sie ihre Existenz verbessern wollen, wenn

**sie**

nicht dauernd der Willkür der Unternehmer oder deren Vertreter ausgeliefert sein wollen. Einmal muß es gelingen,

**alle**

Arbeiterinnen und Arbeiter in den Verband zu bringen. Wir dürfen in unserer Werksarbeit nur nicht erlahmen. Mit dem festen Vorsatz, wir

**holen**

alle noch Fernstehenden, nehmen wir stets wieder aufs neue die Agitation auf, weil wir überzeugt sind: Einmal muß es gelingen.

Schaffung einer besonderen, von der Versicherung getrennten Krisenfürsorge erträglich. Wenn es muß immer wieder betont werden, daß der Erwerbslose den Anspruch an die Gesellschaft hat, für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit wenigstens seine elementarsten Lebensbedürfnisse gesichert zu sehen. Inwieweit dieses in der vom Entwurf vorgeschlagenen Krisenfürsorge gesichert ist, ist sehr fraglich. Sie soll nur dem Bedürftigen zukommen; damit entsteht die große Gefahr, daß große Teile der langfristige Erwerbslosen ausgeschlossen bleiben. Der Entwurf begnügt sich mit einer bloßen Rahmenvorschrift, daß erst Ausführungsbestimmungen die Krisenfürsorge im einzelnen regeln werden. Diese Ausführungsbestimmungen erläßt der Arbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats, der Verwaltungsrat wird nur „angehört“. Da die Lasten allein auf Reich und Gemeinden fallen, wird das Bestreben schwächen, den Kreis dieser Fürsorgeempfänger möglichst einzuzengen durch für den Erwerbslosen unerträgliche Umschreibungen des Begriffs „bedürftig“. Die gleichen Behörden sollen die Höhe der Unterstühtung und die Dauer der Gewährung bei der Krisenfürsorge beschränken können. Also auch von hier aus ist ein unerträglicher Druck möglich.

Neben der Ausdehnung der Unterstühtungsperioden innerhalb der Versicherung, also der Ausdehnung der auf Rechtsanspruch beruhenden Versicherungsleistung über die im Entwurf gezogenen Höchstgrenzen hinaus, muß daher das Gesetz auch die Krisenfürsorge von vornherein über bloße Rahmenbestimmungen hinaus Leistungen und Bezugsberechtigung bestimmter festlegen. Außerdem muß auch in der Krisenfürsorge den Vertretern der Wirtschaft eine entsprechende Mitwirkung gesichert werden. Die „Anhörung“ genügt nicht.

Völlig unmöglich ist auch die oben angezogene Fassung des Entwurfs über die Berechnung der Unterstühtungsperioden und der Erwerb der neuen Anwartschaftszeit in der Versicherung. Entweder muß zur bisher gewohnten Fassung zurückgekehrt werden, wonach die Höchstunterstützungsdauer sich innerhalb 52 Kalenderwochen erschöpft und für eine neue Unterstühtungsberechtigung die Wsolvierung einer mindestens 13wöchigen versicherungspflichtigen Beschäftigung genügt, oder es muß der § 60 dahin geändert werden, daß alle während einer Unterstühtungsperiode absolvierte versicherungspflichtige Beschäftigung in die für eine neue Unterstühtungsberechtigung vorgeschriebene Anwartschaftszeit hineinrechnet. Läte man dieses nicht, so würde die Fassung des Entwurfs in zahllosen Fällen Versicherte benachteiligen und sie gerade dann ohne Unterstühtung lassen, wenn sie nach vorher-

Juden am Sonntage, doch hat diese Arbeitseinstellung dort, wo Juden und Christen zusammenarbeiten, stets zu Unlieb- samkeiten geführt. Außer bei Ford ist auch in Amerika die Fünftagewoche bis jetzt hauptsächlich nur da eingeführt, wo viele Juden zusammenarbeiten, z. B. in der Bekleidungs- industrie.

In England besteht die Fünftagewoche in einer Reihe größerer und kleinerer Betriebe. Im Bericht der Gewerbe- inspektion heißt es, zur Zeit sei es noch nicht möglich, voraus- zusetzen, ob es sich hier um eine dauernde Einrichtung handele. In manchen Betrieben wurde wegen der Krise nach dem Kriege zu dieser Arbeitszeitregelung geschritten. In anderen Betrieben glaubte man hier ein Mittel zur Einschränkung der Produktionskosten gefunden zu haben. Andere Unter- nehmer wieder fanden, bei der kurzen Arbeitszeit des Sonn- abends lasse der Trieb zur Arbeit nach. Die Gewerbe- inspektoren, die sich eingehend mit dem Problem beschäf- tigten, sind der Überzeugung, „für die weit vom Betrieb wohnenden Arbeiter handele es sich hier um eine wohlthuende Einrichtung, wodurch sie Zeit und Fabrgeld sparen“. Ferner heißt es: Immer wieder hört man von technischen Personal, gerade für die Jugendlichen sei diese Arbeitszeitregelung sehr zu begrüßen. Nach dem langen Wochenende kommen sie frischer und gesünder wieder zur Arbeit zurück. Für ver- heiratete Frauen ist es eine sehr gute Sache, haben sie doch mehr Zeit zur Verrichtung der Hausarbeit und können auch noch ausruhen.“

Alle diese Dinge zeigen, wie notwendig es für das deutsche Unternehmertum ist, endlich mit dem allhergebrachten Schlen- drian von der langen Arbeitszeit und den kurzen Löhnen zu brechen. Von der Regierung muß verlangt werden, schnellstens dafür zu sorgen, die in den Richtlinien und in der Regierungserklärung gemachten Andeutungen und Ver- sprechungen in die Tat umzusetzen. Die Zeit der Worte ist vorbei. Die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen wollen endlich Taten sehen. Die Arbeiterschaft hat einen großen Teil der Stabilisierungskosten tragen müssen. Auch hat man die Rationalisierung bis jetzt nur zum Schaden der Arbeiter durchgeführt. Darum heißt die Parole: Her mit dem Achtfundentag!

H. Weingaert.

### Niedrige Löhne verursachen die Geldflüssigkeit.

Die ungeheure Geldflüssigkeit, die zu einer früher nicht geahnten Senkung des Zinsfußes sowohl auf dem Geld- wie auf dem Kapitalmarkt, d. h. sowohl für kurz- wie für lang- fristige Anleihen führte, dauert weiter an. Die Volkswirt- schaftler zerbrechen sich den Kopf über die Ursachen dieser ungewöhnlichen Geldflüssigkeit, zumal die entscheidenden Momente, die für die Geldflüssigkeit des vergangenen Jahres verantwortlich gemacht werden konnten, nicht mehr vor- handen sind. Die durch übermäßige Besteuerung ermöglichte Anhäufung von öffentlichen Geldern hat infolge der Steuer- ermäßigung aufgehört, und damit ist eine wichtige Quelle des Geld- und Kapitalangebots verstopft worden. Der Konjunktur- steilstand setzt Kapitalien frei, die auf dem Geldmarkt Ver- wendung suchen. Indessen setzte in der letzten Zeit ein Konjunkturaufschwung sowohl in der Schwer- wie in der Leichtindustrie ein, was zu neuer Kapitalnachfrage führen muß. Als Hauptgrund für die Geldflüssigkeit wurde das Einströmen der Auslandsanleihen angeführt. Jedoch wurden in der letzten Zeit kaum noch ausländische Anleihen auf- genommen, im Gegenteil fließen große Summen deutscher Kapitalien sowohl als kurzfristige Anleihen wie für Aktien- käufe bzw. für den Rückkauf deutscher Aktien nach dem Ausland. Auch kann die Annahme, die von Felix Pinner im Berliner Tageblatt\* ausgesprochen wird, daß die früheren Auslandsanleihen, die ihrer endgültigen Verwendung noch nicht zugeführt wurden, noch auf dem Geldmarkt herum- schwimmen, nicht zutreffen. Nach Pinner's Meinung haben sich die Kapitalnehmer auf Vorrat mit großen Kapitalmengen verorgt, deren endgültige Investierung erst allmählich erfolgen wird. Man kann jedoch den Kapitalisten durchaus nicht zu- wuzien, daß sie Auslandskapitalien, für welche sie keine Ver- wendung haben, die aber hoch verzinst werden müssen, hereinnehmen, zumal in einer Periode sinkenden Zinsfußes. Auch macht Pinner die Rationalisierung der Produktion mit Unrecht für die Geldflüssigkeit verantwortlich. Mag zwar die Rationalisierung durch Verringerung der Vorratshaltung oder Beschleunigung des Umsatzes zu Kapitalersparnissen führen, so muß man sich doch andererseits vor Augen halten, daß

bisher nur die organisatorische Rationalisierung durchgeführt wurde, während die technische durch Anschaffung von neuen Maschinen erst jetzt in Angriff genommen wurde. Die er- behliche Konjunkturbelastung der Maschinenindustrie weist auf die Inangriffnahme dieser Seite der Rationalisierung hin. Somit muß die Rationalisierung gegenwärtig erhebliche Kap- talien festlegen. Wobei also die unerbörte Geldflüssigkeit? U. E. treffen die Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ das Richtige, in denen sie auf die außerordentliche Zu- nahme der inländischen Kapitalbildung zurückgeführt wird. Diese Kapitalbildung findet aber nicht durch die Ersparnisse der Einkommensbezieher statt, obwohl auch sie laut der Statistik der Sparkassen kräftig anwachsen, sondern in erster Linie bei den Unternehmungen selbst, von denen eine immer breitere Zahl in teilweise progressiv steigende Rentabilität hineingewachsen ist und noch hineinzuwächst. In keinem Ab- schnitt der wirtschaftlichen Wellenbewegung — so wird dort ausgeführt — ist die Gelegenheit zur Gewinnansammlung größer als in demjenigen, in dem die Vesteuerungskosten noch nicht wesentlich gestiegen sind und die Löhne sich erst lang- sam der neuen Lage anzupassen beginnen, diesmal in Deutsch- land noch besonders unter Druck gehalten durch eine riesige industrielle Reservearmee, so daß die vom englischen Streik besonnenen Rationalisierungs- und Zusammenschluß- fräfte ungehört gepflückt werden können. Das kommt im Augenblick der Kapitalbildung zustatten, bleibt freilich nicht nur sozial betrachtet höchst unerwünscht, sondern ist auf lange Sicht auch unter wirtschaftlichem Blickpunkt kein Vorteil. Die übermäßige Kapitalbildung bei den Unternehmern auf Kosten der Löhne ist nicht nur sozial, sondern auf die Dauer auch wirtschaftlich schädlich, weil sie die Quelle einer dauernden Unterkonsumtion der Arbeitnehmer bildet und, da die Pro- duktenmenge ohne gleichzeitige Steigerung der Kaufkraft wächst, zu gewaltigen Absatzstörungen führen muß.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Lohnbewegung in der chemischen Industrie, Bezirk Frankfurt a. M.

Wie erinnerlich, wurde der Lohnkampf im Herbst 1925 durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums zum Abschluß gebracht. Der Schiedsspruch wurde für verbindlich erklärt, obgleich er eine völlig ungenügende Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde vorsah und von beiden Parteien abgelehnt wurde. Dieser unbefriedigende Abschluß des Kampfes konnte nicht ohne Nachwirkungen bleiben. Die Kündigung des Lohn- tarifs wurde von Arbeitnehmerseite zum 31. Januar 1927 aus- gesprochen. Die beteiligten Arbeiter haben in zahlreichen Sitzungen und Versammlungen zum Ausdruck gebracht, daß die neuen Lohnforderungen mit allem Nachdruck vertreten werden müssen und daß bei ablehnender Haltung der Arbeit- geber ein neuer Kampf unvermeidlich sei.

Die Verhandlungen zwischen den Parteien fanden am 21. Januar statt und verliefen ergebnislos. Das tarifliche Schlichtungsverfahren hatte ebenfalls keinen Erfolg, so daß der Kampf vor der Tür stand. Angesichts der Schwere der Verantwortung wurde von den bezirklichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums angerufen. Am 19. Februar wurde in Berlin ein Schiedsspruch gefällt, der den Stundenlohn des Betriebsarbeiters in Ortsklasse I vom 1. Februar 1927 an um 7 Pf. pro Stunde erhöhte. Die Löhne der übrigen Orts- klassen, Arbeitergruppen und Altersstufen errechnen sich in dem bisherigen prozentualen Verhältnis. Dieser Spruch wurde nach erneuten Verhandlungen der Parteien von beiden Seiten angenommen. Damit ist eine Lohnbewegung abgeschlossen, auf die die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im Bezirk Frank- furt a. M. mit Recht stolz sein kann. Ernstes Wollen, Kampf- bereitschaft, gewerkschaftliche Disziplin und zähe Ausdauer bei den Verhandlungen haben zusammengewirkt und den Erfolg gezeitigt.

#### Weitere Lohn-erhöhungen in der chemischen Industrie.

Für den Bezirk Essen A — seit 30. November 1926 tariflos — wurde unter dem Vorsitz des amtlichen Schlichters ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde für den Betriebsarbeiter vorsieht. Der Spruch wurde von den beteiligten Gewerkschaften angenommen, vom Arbeitgeberverband aber abgelehnt. Weitere Verhandlungen werden folgen.

Aber den Lohnstreik für die Tarifbezirke Köln-Land und Köln-Stadt wurde vor dem Haupttarifamt der Chemischen Industrie am 3. und 4. März verhandelt. In beiden Fällen kamen Schiedssprüche zustande, die den Stundenlohn des Vollarbeiters um 8 bzw. 4 1/2 Pf. erhöhen. Der Unterschied in der Lohnzulage beruht darauf, daß der Bezirk Köln-Stadt im Herbst 1925 besser abgehandelt hat als der Nachbarbezirk.

Am 8. März beschäftigte sich das Haupttarifamt mit den Lohnverhandlungen in dem Bezirk Baden-Rhein- pfalz. Trotz schwieriger Verhandlungen wurde ein Spruch gefällt, der den Stundenlohn des Vollarbeiters von 67 auf 78 Pf. heraufsetzt.

In den übrigen Tarifbezirken der chemischen Industrie schweben die Verhandlungen noch bzw. läuft die Kündigungs- frist der Lohnverträge erst am 31. März 1927 ab.

#### Eine Konferenz der Chemie- und Gummi-Arbeiter

für die Betriebe Mitteldeutschlands tagte am 6. März 1927 in Halle. Tagesordnung: Stellungnahme zur Kündigung des Lohnvertrages. Die Konferenz war von den am Lohnvertrag beteiligten Gewerk- schaften beauftragt. Anwesend waren 121 Delegierte, aus- wähllich der Gau- und Bezirksleiter.

Kollege Tschick (Magdeburg) leitete die Konferenz. Kollege Schneider (Erfurt) erstattete das Referat. Er ging auf den letzten Lohnabschluß im Jahre 1925 ein und wies nach, daß die damalige Lohnerhöhung die Arbeiterschaft nicht befriedigte. Wieder- holt ist der Ruf laut geworden: Der Lohnvertrag muß gekündigt werden! Leider fehlten hierzu allerlet Vorbedingungen. Das lag nicht an der Organisationsleistung. Die Konferenz im September 1926, der wir Rechenschaft gegeben, sprach damals der Tarif- kommission das Vertrauen aus und beauftragte sie, bei gegebener Zeit das Lohnabkommen zu kündigen. Die Tarifkommission hat in einigen Sitzungen zu der Tarifkündigung Stellung genommen und beschlossen, der demnächst stattfindenden Konferenz zu empfehlen, den Lohnvertrag für Chemie und Gummi zu Ende März 1927 zu kündigen. An dieser Stelle sei nochmals gesagt: Wir lassen uns nicht von außenstehenden Personen (Klassenkampf) Vorwürfen über unsere Taktik bei Lohnbewegungen und deren Durchführung machen, sondern prüfen ernstlich, was im Interesse unserer Mitglieder liegt. Das gilt auch für die Zukunft. Ich beantrage im Auftrag der Tarifkommission, uns Vollmacht zu geben, den Lohnvertrag für beide Industrien zu Ende dieses Monats zu kündigen. (Bravo!) Kein Delegierter versuchte in der Diskussion, die Annahme des „Klassen- kampfes“, den Gewerkschaften Vorwürfen und Richtlinien zu er- teilen, gützuheizen. Folgende Entschliebung wurde einstimmig an- genommen:

Die am 6. März 1927 in Halle tagende Konferenz für die Arbeiter der chemischen und Gummi-Industrie Mitteldeutschlands fordert von der Reichsregierung, dem Antrag des DGB, auf Einführung des Achtfundentages endlich Rechnung zu tragen.

Der Regierungsentwurf zur Arbeitszeitverordnung bedeutet eine Verhöhnung der deutschen Arbeiter, weil nach diesem Ent- wurf bis 10 Stunden täglich und darüber gearbeitet werden kann. Laufende Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch die Rationali- sierung, welche nur Vorteile für die Industrie gebracht hat, er- werbslos geworden. Die Regierung hat die Pflicht, für die Opfer der Wirtschaft einzutreten. In der chemischen Großindustrie müßte es möglich sein, den Sechsfundentag einzuführen, zumal Tausende von Arbeitern aus den entferntesten Gegenden heran- geholt werden und bis 14 Stunden täglich und mehr auf den Beinen sein müssen, um sich und ihre Familie ernähren zu können.

Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie wird aufgefordert, aktiv an dem Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit teilzu- nehmen. Dies geschieht durch Anschluß an die Gewerkschaft.

Der Tarifkommission wird erneut einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Die Branchenkonferenz für die chemische und Gummi-Industrie stimmt der von der Tarifkommission empfohlenen Kündigung der Lohnverträge für Ende März zu und beauftragt ihre Unterhändler, im Sinne ihrer bisherigen Tätigkeit zu wirken.

#### Unfälle in der Farbenfabrik Leverkusen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 8. März in der J.-G. Farbenindustrie. Im Betrieb M. S. explodierte ein Druckbehälter mit Nitronaphthalin aus bisher unbekanntem Grunde. Der Deckel des Druckbehälters flog gegen die Decke, und zwei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, die sich durch das Einatmen der giftigen Dämpfe stark verschlimmerten.

Einige Tage vorher ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Ein Arbeiter fiel von einem Kesselwagen, erlitt einen Schädelbruch und starb. Die Gefahren in der chemischen Industrie werden vom Unter- nehmerstand stark bestritten. Die beiden angeführten Fälle zeigen aber, daß in der Praxis das zutrifft, was die Gewerkschaften be- haupten, daß neben den allgemeinen Schädigungen auf gesundheit- lichem Gebiete die Unfallgefahren erheblich sind, und somit beide Faktoren bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schwer ins Gewicht fallen.

#### Papier-Industrie

#### Die Weltproduktion von Zeitungsdruckpapier.

Von Amerika ausgehend, hat die Rationalisierung alle Industriezweige der Welt erfaßt, und selbst Sowjet-Rußland, den angebliehen Bauern- und Arbeiterstaat, nicht verschont. Produktionssteigerung um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der nationalen Inlandsmärkte und des

### Der Rechthaber.

Wer kennt den Rechthaber nicht! Wo auch nur Menschen- kreise vorhanden sind, da ist er zu finden, und insbesondere in einem so großen Organisationsleben, wie es die Gewerkschaftsbewegung darstellt, geht es ohne Rechthaber nicht ab.

Was die anderen auch wollen, es ist falsch, und wenn die Wichtigkeit des Sachstoffes auch noch so klar und deutlich ist, der Rechthaber weiß es besser. Er will eben grand- fällig das andere, weil es ihm nicht um die Wahr- heit geht, sondern um seine Person. Er will gehen. Er will etwas sein. Er will scheitern. Er!

Und das ist das sozial Wichtige der Erkenntnis seines Wesens. Es geht ihm um seine kleine Person. Darum be- achtet ihn nicht! Hört nicht auf ihn! Er denkt nicht an einer Weitergehen, sondern an sich. Und ihr sollt nur das Werk- zeug sein — Befriedigung seiner Größenwahrnehmung.

### Einsiedler.

Gemeinschaft ist der Lebenszweck. Wenn wir auch in die Natur blicken, überall finden wir den Drang nach Verbindung. Selbst die geringsten und plumpsten Lebewesen leben in Gruppen geschlossen, und so auch die Tiere der Welt. Ist ein einzelnes Tier, die die Welt nicht kennt, so ist es ein Einsiedler, der in seiner Höhle, nicht in der Gemeinschaft, seinen Lebenszweck empfindet. Ein Gruppen-

gebiß, das uns hart erscheint, aber doch zeigt, wie stark das Organ für eine Verbundgemeinschaft selbst in diesen ungeschickten Tieren vorhanden ist.

Aber auch der einzelne zurückgestoßene Elefant wider ist uns ein Beispiel für das organisierte Bedürfnis, das in der leben- digen Welt vorhanden ist. Das zurückgestoßene Tier folgt der Gruppe wenigstens in gewisser Entfernung, behält die Trink- plätze der Gruppe, wie es die Bodenplätze der Gruppe aufsucht, wenn die Gruppe das Bad verläßt.

Aber auch noch in anderer Weise zeigt uns der Elefant, daß organisiertes Leben Lebensbedürfnis ist. Die Einzel- elefanten verhalten sich anders. Sie werden wild und roh. Während die Gruppen nur im Notfall einem den Menschen angehen, werden die Einzelgänger besonders Japen auf diese armen Tiere, die durch das Leben aus der Gemeinschaft geschlossen werden und damit einen Rückschlag in ihrer Entwicklung erleben müssen.

Einzelgänger sind unheimlich einsam. Nur Verbund schafft Auf- fröhlich, und um so vollkommener ist das Dasein, je mehr sein Charakter Gemeinschaft ist.

### Wenn Gold soviel wie Lehm wert ist. . . .

Wir leben in einem Zeitalter, in dem die Wissenschaft die erstaunlichsten Fortschritte macht und uns mit immer neuen Taten überrascht. Solche Erfolge regen natürlich auch die Phantasie an, die für die nahe Zukunft noch viel größere Wunder erwartet. Ein ausgezeichneter amerikanischer Chemiker, Prof. J. F. Norris von der Universität Massachusetts,

hat eine solche Prophezeiung gewagt, bei der er sich aber durchaus in den Grenzen des Möglichen hält. Er erwartet eine Umgestal- tung aller unserer Veranschauungen von den Ergebnissen der Atom- forschung, die durch Zertrümmerung der Atome den Aufbau der Moleküle zu neuen Substanzen herbeiführen wird. Viele lebende Chemiker erinnern sich noch an die Zeit, da das bloße Vorhanden- sein von Atomen nur als unbewiesene Hypothese galt. Nun können sie gezählt und wenigstens einige von ihnen in einfachere Einheiten zerlegt werden. Norris glaubt fest daran, daß Mittel gefunden werden, um die Atome aller Elemente zu zerlegen und diese Teile zu anderen Verbindungen zusammenzusetzen. Durch diese Verwirk- lichung der kühnsten alchimistischen Träume wird unser gegen- wärtiges Wertesystem zerstört. Das jetzige Wertesystem, das auf dem Wert der seltenen Substanzen, wie Gold, Platin usw. auf- gebaut ist, wird verschwinden und muß durch eine andere Wert- leistung abgelöst werden, die einen tieferen Sinn hat, wie z. B. durch den Wert der menschlichen Arbeit. Wenn jeder Stoff der Natur in einem anderen umgewandelt werden kann, dann ist der Schmuck ebensoviele wert wie Gold, und Metalle oder andere Substanzen, die wegen ihrer Seltenheit nur in beschränktem Maße verwertbar waren, können dann unbeschränkt am praktischsten ausgenutzt werden. Eine noch größere Umwälzung aber dürfte die Verwendung der Atomenergie hervorbringen, wenn es erst einmal gelungen ist, die ungeheuren Kraftquellen der Atome zu verwenden. Die Chemie der Moleküle, die fast 200 Jahre alt ist, aber erst in den letzten fünfzig Jahren viele Geheimnisse des Aufbaus der organischen Stoffe ent- hüllte, wird allmählich so weit kommen, die wichtigsten natürlichen Stoffe künstlich darzustellen, und so eröffnen sich die phantastischen Aussichten für die Zukunft, die nach der Ansicht des amerikanischen Gelehrten gar nicht mehr so fern ist.

Weltmarktes, ist die internationale Parole des Industriekapitals der Welt geworden.

Dieser volkswirtschaftliche Widerspruch zeigt sich auch mit aller Deutlichkeit in der Steigerung der Weltproduktion von Zeitungsdrukpapier seit 1913. Das Wochenblatt für Papierfabrikation bringt eine Zusammenstellung der Weltproduktion von Zeitungsdrukpapier aus der Fachzeitschrift 'Worlds Paper Trade Review' für die Jahre 1913 und 1926, die allerdings zum Teil auf Schätzungen beruht, trotzdem der Wirklichkeit aber ziemlich nahe kommen dürfte, da diese Frage zweifellos auf den wiederholten Zusammenkünften der internationalen Zeitungsdrukpapierfabrikanten eine wichtige Rolle gespielt hat.

Danach gestärkte sich die internationale Zeitungsdrukpapierproduktion in den Jahren 1913 und 1926 folgendermaßen:

Table with 4 columns: Produktionsstaat, 1913, 1926, Zunahme + oder Abnahme - in Prozent. Rows include Vereinigte Staaten, England, Deutschland, Kanada, Norwegen, Schweden, Finnland, Tschechoslowakei, Frankreich, and Weltproduktion.

Lediglich in Frankreich ist die Produktion im Jahre 1926 gegenüber dem Jahre 1913 wesentlich zurückgegangen. Diese Erscheinung dürfte mit den französischen Währungsverhältnissen und mit den Reparationslieferungen an Zeitungsdrukpapier durch Deutschland zusammenhängen. In allen übrigen Produktionsstaaten mit nennenswerter Papiererzeugungsindustrie ist eine Steigerung der Produktion infolge der Rationalisierung eingetreten. Am geringsten ist diese Steigerung in Deutschland. Diese Tatsache dürfte auf die produktionsregulierenden Maßnahmen des Druckpapier Syndikats zurückzuführen sein, das aus Preisverhaltensgründen kein Interesse an einer Überproduktion, und damit an einem Preisdruck hat. Bestimmt aber ist diese geringe Produktionssteigerung in Deutschland nicht auf die technische Rückständigkeit der deutschen Zeitungsdrukpapierfabriken zurückzuführen. Im Gegenteil ist in diesen Betrieben alles getan worden, um durch Rationalisierung der Produktion die höchste Leistungsfähigkeit der Betriebe zu erreichen. Wir erinnern in diesem Zusammenhange nur an die Fehlmühle, die sich im vorigen Jahre noch rühmen konnte, die leistungsfähigste Zeitungsdrukpapiermaschine Europas zu besitzen; wir erinnern weiter an die Produktionssteigerung im Reichsholzkoncern und anderen Betrieben.

Diese durch Rationalisierungsmaßnahmen herbeigeführte Produktionssteigerung hat natürlich zu einem scharfen Wettbewerb auf dem Weltmarkte geführt und die einzelnen am Wettbewerb beteiligten Staaten und Industriellen zu verschiedenen Schutzmaßnahmen veranlaßt. Hohe Zollmauern und Einfuhrverbote sollen die nationalen Papierfabriken vor der ausländischen Konkurrenz schützen. Zum Teil ist zu diesem Zweck, wie in der Tschechoslowakei, die Einfuhr ausländischer Papierarten an Einfuhrbewilligungen gebunden.

In Frankreich haben die Papierfabrikanten bei ihrer Regierung heftigen Einspruch erhoben gegen die Druckpapierlieferungen Deutschlands auf Reparationskonto. Für das Jahr 1927 sind vertragmäßig 54 000 Tonnen maschinenglattes Zeitungsdrukpapier auf Reparationskonto nach Frankreich zu liefern. Die französische Regierung hat dem Ansturm der nationalen Papierfabrikanten zunächst dadurch Rechnung getragen, daß weitere Papierlieferungsverträge auf Reparationskonto für das Jahr 1927 nicht mehr abgeschlossen werden sollen. Gleichzeitig hat sie den französischen Papierfabrikanten Mauban zum Mitglied des beratenden Ausschusses für Reparationslieferungen ernannt und so den französischen Papierfabrikanten die Möglichkeit zur Kontrolle über alle künftigen Papierlieferungsverträge auf Reparationskonto gegeben.

Die Regierung Kanadas hat beschlossen, bis auf weiteres keine Konzessionen auf das Schlagen von Holz in den Staatswäldern an neu zu gründende Papierfabrik- und Papierstofffabrik-Unternehmungen zu geben, um damit die Überproduktion im eigenen Lande zu vermeiden und Neugründungen von Papiererzeugungsfabriken fernzuhalten.

In Deutschland versuchen Unternehmer und Reichsregierung gemeinsam die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Papiererzeugungsindustrie auf Kosten niedriger Löhne und übermäßig langer Arbeitszeit zu erhalten.

So treibt die Rationalisierung die Arbeiterklasse aller Industriestaaten - nicht nur Deutschlands - in immer tieferes Elend hinein. Sind doch schätzungsweise allein in Europa, ohne Rußland, rund 9 Millionen Arbeitslose vorhanden, oder 10 bis 12 Prozent aller Erwerbsfähigen arbeitslos.

Und trotzdem stehen nicht nur in Deutschland große Arbeitermassen diesem Elend nicht nur gleichgültig, sogar gewerkschaftsfeindlich gegenüber und wollen nicht erkennen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Industrielaverei und deren Folgen das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß. G. Stähler.

Dividenden in der Papierindustrie.

Aus einer Übersicht der Reichskreditgesellschaft über die in den Jahren 1913 und 1926 gezahlten Dividenden entnehmen wir für die Papierindustrie folgende Zahlen:

Table with 4 columns: Aktiengesellschaften, Aktienkapital, Reine, offene Reserven, Reserven in Prozent des Aktienkapitals, Gesamtbetrag der Dividende, Dividende in Prozent des Aktienkapitals. Rows include Aktiengesellschaften, Aktienkapital, Reine, offene Reserven, Reserven in Prozent des Aktienkapitals, Gesamtbetrag der Dividende, Dividende in Prozent des Aktienkapitals.

Die Reserven betragen gegenüber der Vorkriegszeit nur ungefähr 35 Prozent. Dagegen überschneidet die Durchschnittsdividende in der Papierindustrie von 8 Prozent im Jahre 1926 die Durchschnittsdividende von 5,5 Prozent aller

Aktiengesellschaften des Deutschen Reiches ganz wesentlich. Der Anteil der Dividende am Aktienkapital gegenüber der Vorkriegszeit zeigt nur einen Rückgang um 10 Prozent.

Damit ist abermals der Beweis erbracht, daß die Papierindustrie trotz allem Gejammer über ihre schlechte wirtschaftliche Lage zu den rentabelsten Industriezweigen der deutschen Wirtschaft gehört. G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Einfuhr von Mehl und Mischmehl im Jahre 1926.

Die deutsche Mischmehlindustrie ist bei ihrer Versorgung mit Rohstoffen (Saaten) fast vollständig auf die Einfuhr angewiesen. Die Einfuhr von Mischmehl ist daher ausschlaggebend für die Saatverarbeitend in der deutschen Mischmehlindustrie, da Mischmehl in Deutschland nur in ganz kleinen Mengen angebaut werden. Eine Übersicht über die Einfuhrzahlen von Mischmehl gibt uns daher gleichzeitig die Möglichkeit, den Stand der deutschen Mischmehlindustrie beurteilen zu können. In den ersten Jahren nach dem Kriege waren die Erhebungen diesbezüglich mangelhaft. Seit dem Jahre 1925 liegen wieder genauere

Ursachen des Klassenkampfes

Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft hat den Unternehmern alle Vorteile gesichert, der Gesamtheit und besonders der Arbeiterklasse alle Nachteile und Lasten aufgebürdet. Ein kurzer Überblick über die wichtigsten sozialen Tatsachen läßt das klar erkennen. Nach der amtlichen Lohnstatistik ist 1926 der Durchschnittslohn der gelernten Arbeiter von 45,98 auf 46,36, der der ungelerten Arbeiter von 33,92 auf 34,44 Mk. gestiegen. Durch die Senkung der überkartellierten Löhne ist diese Lohnsteigerung aber noch geringer gewesen. In der gleichen Zeit stieg jedoch der amtliche Lebenshaltungsindex von 100,8 auf 144,6.

Der Reallohn ist also gesunken.

abwohl die Leistungen der Arbeitskräfte wesentlich gestiegen sind. Um so verwerflicher ist der Widerstand der Unternehmer gegen die Wiederherstellung des Achtstundentages und der von ihnen ausgeübte Zwang zur Leistung von Überstunden.

Aus den Überstunden ziehen die Unternehmer erhebliche Sondergewinne.

Die dadurch arbeitslos werdenden Kräfte aber müssen von der Allgemeinheit unterhalten werden. Nach der Erhebung des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben waren im Oktober 1926: 52,97 Prozent der Arbeiter an der Überarbeit beteiligt.

Aus einer Rede des Reichstagsabg. Dr. Herz (Soz.) in der Sitzung des Reichstags am 17. Februar 1927.

Zahlen vor. Stellen wir die Zahlen von 1913 den Zahlen von 1925 gegenüber, dann erhalten wir folgendes Bild:

Einfuhr an Mischmehl in Doppelzentner.

Table with 4 columns: Saaten, 1913, 1925, 1926. Rows include Raps, Mischmehl, Weizen, Sonnenblumen, Erdnüsse, Sesam, Weizen, Weizenmehl, Baumwollsaamen, Sojabohnen, Palmkerne, Kakaobohnen.

Die Tabelle zeigt uns, daß wir 1913 rund 17 Millionen Doppelzentner an Mischmehl eingeführt haben. Demgegenüber beträgt die Einfuhr 1925 etwas über 15 Millionen und 1926 etwas über 16 1/2 Millionen. Es ist also im Jahre 1926 eine weitere wesentliche Steigerung bei der Saateinfuhr zu verzeichnen, so daß im Jahre 1926 annähernd daselbe Quantum an Saaten verarbeitet ist wie in der Vorkriegszeit.

Die Mischmehlindustrie war bei ihrer Saatverarbeitend durch den Krieg um über zwei Drittel zurückgegangen. Gegenüber diesem Tiefstand hat sich die Industrie in den letzten Jahren sehr gut erholt. Die Aufstellung zeigt aber auch, daß die Einfuhr der verschiedenen Saaten sich stark verschoben hat. So wurden z. B. Weizen und Sonnenblumen 1913 gar nicht eingeführt, heute führen wir erhebliche Mengen davon ein. Dagegen ist die Einfuhr von Raps und Mischmehl stark gesunken. Sojabohnen führten wir 1913 rund 1,3 Millionen Doppelzentner ein. Im letzten Jahre dagegen 3,7 Millionen Doppelzentner. Baumwollsaamen wurden 1913 rund 2,2 Millionen Doppelzentner eingeführt; im letzten Jahre dagegen nur 303 372 Doppelzentner.

Die Ursachen dieser Verschiebung liegen in dem technischen Fortschritt begründet. Es wurden im Laufe der Jahre bessere Raffinations- und Extraktionsanlagen erbaut, die es ermöglichen, Mehl für die menschliche Ernährung zu verwenden, die früher hierfür nicht geeignet waren. Den Vorteil davon hat die Öl- und Margarineindustrie.

Vergleichen wir die Einfuhr der verschiedenen Jahre, dann kommen wir zu folgendem Ergebnis:

Einfuhr an Mehl in Doppelzentner.

Table with 4 columns: Mehl, 1913, 1925, 1926. Rows include Raps- und Rüböl, Leinöl, Bohnenöl (Sofa usw.), Erdnüsse, Sesam, Weizen, Weizenmehl, Baumwollsaamen, Bucheckern, Sonnenblumen- u. a. fettes Öl, Weizen, Sesam, Erdnüsse, Rüb- und anderes fettes Öl in Blechgefäßen, Palmöl (Butterfett), Palmkernöl (Fett), Sojabohnenöl (Butter), Pflanzliches Talg.

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß die Einfuhr an Mehl gegenüber dem Vorjahre bedeutend zurückgegangen ist. Wir führen allerdings immer nochmal so viel Öl ein als im Jahre 1918. Die Aufstellung zeigt aber, daß die Mischmehlindustrie bei der Zurückeroberung des früheren Marktes auch in diesem Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Die Ausfuhrziffern beweisen es. Mischmehl kommen für die Ausfuhr kaum in Betracht. In Mehl wurden im Jahre 1925 etwas über 300 000 Doppelzentner ausgeführt, im Jahre 1926 dagegen etwas über eine halbe Million. Also auch auf dem Außenmarkt hat sich die deutsche Mischmehlindustrie nicht nur behauptet, sondern sie hat weitere Fortschritte gemacht.

Fassen wir das Ergebnis zusammen, so ergibt sich, daß wir in der deutschen Mischmehlindustrie auch fernerhin fast reiflos auf die Rohstoffe vom Auslande angewiesen sind. Wir haben erreicht, daß die Mehl, die in Deutschland gebraucht werden, wieder vorwiegend in der deutschen Industrie hergestellt werden, und wir geben schon wieder größere Posten an das Ausland ab. Die deutsche Industrie dürfte sich dabei nicht schlecht fühlen. Hoffentlich denken die Herren Unternehmer auch daran, daß dieser Erfolg zu einem großen Teile den eingearbeiteten Arbeitskräften in der deutschen Mischmehlindustrie zu verdanken ist. G. S.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie der Vereinigten Staaten Nordamerikas und ihre Mutter.

II.

Es ist bereits gesagt, daß zur Zeit nur noch etwa 5 Prozent des amerikanischen Spielwarenbedarfs im Auslande gedeckt werden. Die Ausfuhr Amerikas hat seit 1921 eine langsame Aufwärtsentwicklung angenommen und bleibt nur noch mit etwa 800 000 Dollar hinter der Einfuhr zurück. Aber das Wachstum der amerikanischen Spielwarenindustrie, die Aus- und Einfuhr von Artikeln dieser Branche und über das prozentuale Verhältnis der einzelnen Positionen zur Produktion und zum Verbrauch gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

Amerikas Spielwarenproduktion und Außenhandel (in tausend Dollar)

Table with 6 columns: Kalenderjahr, Produktion, Einfuhr, Ausfuhr, Verhältnis Einfuhr Produktion %, Verhältnis Ausfuhr Produktion %. Rows include 1904, 1909, 1914, 1919, 1921, 1923, 1925.

Aber die Produktionsstätten wird vom Zensusbureau in Washington berichtet:

Die 301 Spielzeugfabriken der Vereinigten Staaten, die sich im Hauptbetriebe mit der Anfertigung von Spielzeugen und Artikeln zur Ausübung von Spielplätzen beschäftigen, meldeten für 1925 eine Produktion solcher Waren im Werte von insgesamt 57 950 666 Dollar, was gegenüber dem Jahre 1923 mit 58 066 432 Dollar eine Zunahme von fast 2 Millionen Dollar bedeutet. Nach diesen Spielzeugfabriken bestehen noch eine Reihe von Unternehmungen, die nur nebensächlich Spielwaren aller Art anfertigen, wobei alle Betriebe mit einer Jahresproduktion von weniger als 5000 Dollar unberücksichtigt bleiben; der Wert der von diesen Fabriken hergestellten Spielwaren dürfte für 1925 auf etwa 3 Millionen Dollar zu schätzen sein. Einbezogen sind unter dem Begriff 'Spielwaren' alle Arten von Spielzeugen, Sportspiele für Kinder, Puppen und Puppenbekleidung, Spielplatzausstattungen, aller Art usw., dagegen nicht Artikel für sportliche Betätigung von Erwachsenen, Fahrzeuge, als Sportwagen, Schiffe und dergleichen. Der Zensusbericht für 1923 umfaßte insgesamt 411 Spielzeugfabriken, von denen seitdem 113 ausgegliedert sind bzw. 88 während des ganzen Jahres 1925 stillgelegt haben. Hinzu gekommen sind 80 Firmen. Nicht weniger als 108 Betriebe befanden sich im Staate New York, dazu 47 in Ohio, 34 in Pennsylvania, 19 in New Jersey, 17 in Connecticut, 14 in Kalifornien, der Rest verteilt sich auf alle anderen Staaten. Beschäftigt wurden durchschnittlich 14 000 Arbeiter (ohne Gehaltsempfänger) gegenüber 14 484 im Jahre 1923.

Durch die vorstehende Betrachtung über Mitteilungen des Deutschamerikanischen Wirtschaftsverbandes wird dem Beobachter der deutschen Verhältnisse in der Spielwarenindustrie ganz deutlich gezeigt, in welcher Form die deutsche Spielwarenindustrie wieder gehoben werden kann. Unsere deutschen Fabriken stehen zum größten Teil immer noch auf dem Standpunkt, daß nur neue Absatzgebiete die Spielwarenindustrie zu heben vermögen. Die Betrachtung über die amerikanische Spielwarenindustrie belehrt uns etwas anderes. Sie beweist uns direkt, daß es nicht unbedingt Export sein muß, um eine heimische Industrie zur besseren Blüte entwickeln zu können.

Eine Betrachtung über die deutschen und amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse der letzten 10 Jahre läßt ohne weiteres das Rätsel lösen, warum die amerikanische Spielwarenindustrie sich so gewaltig entwickeln konnte. Der Aufschwung ging nicht durch Eroberung des Weltmarktes vor sich, wie es den deutschen Spielwarenindustriellen mit ihrer eigenen Industrie vorzuziehen, sondern durch die wachsende Nachfrage des eigenen Kontinents.

Die Spielwarenindustrie ist selbstverständlich eng mit dem allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse verbunden und ist von ihnen abhängig. Ist die allgemeine Wirtschaftslage gut, dann hebt sich die Nachfrage nach Spielwaren. Ist sie schlecht und mit Krisen durchsetzt, dann wirkt sich diese Erscheinung auch auf die Spielwarenindustrie aus. Die deutschen auf der einen und die amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse auf der anderen Seite bekräftigen die Richtigkeit unserer Auffassung.

In Amerika hat man in den letzten zehn Jahren kaum fähbar werdende Erwerbslosigkeit feststellen können. Dazu kommt, daß die Entlohnung für die amerikanischen Arbeiter im allgemeinen als erträglich, in vielen Fällen gut war. Dieser Umstand hat sich auf den Konsum ausgewirkt.

In Deutschland war das Gegenteil festzustellen. Die allgemeine Wirtschaft schleppte sich mit wenigen Ausnahmen von Krise zu Krise. Stilllegung, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit waren die ständigen Krisenerscheinungen. Die Lohnverhältnisse waren und sind nicht als gut zu bezeichnen. Die Kaufkraft der arbeitenden/Schichten hat merklich nachgelassen. Wie im

Allgemein, so mußte sich natürlich der Konsum von Spielwaren durch diese Tatsache erst recht verschlechtern, denn an die Spielware wird beim Einkauf zuletzt gedacht.

Hier die Auswirkung der verschiedenartig gelagerten amerikanischen und deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Spielwarenindustrie: 1913 wurden aus Deutschland 566 000 Doppelzentner im Werte von 108 Millionen Mark und 1925 430 608 Doppelzentner im Werte von 111 661 000 Mark Spielwaren ausgeführt.

Das Verdienst dieser ganz enormen Entwicklung der amerikanischen Spielwarenindustrie beruhte auf das Konto des die amerikanische Volkswirtschaft beherrschenden Geistes zu buchen sein. Diese Spielwarenindustrie ist, der typische Beweis, daß die amerikanische Volkswirtschaft, die die Formel „hohe Löhne und Gehälter erhöhen den Konsum und befechtigen die Arbeitslosigkeit“ in die Praxis umgesetzt, recht behalten hat.

In Deutschland konnte sich der inländische Konsum für die Spielwarenindustrie nicht heben, weil die allgemeine Wirtschaftslage die zur Entwicklung der Spielwarenindustrie nötige Plattform nicht schuf. Der Export ging um 135 000 Doppelzentner von 1913 bis 1925 zurück. Für 1926 sind es sogar 187 000 Doppelzentner. Diese Entwicklung zeigt, daß der deutsche Spielwarenexport weiter im Sinken begriffen ist. Diese Entwicklung ist ein Warnungszeichen für die deutsche Industrie und Grund genug, andere Wege als bisher einzuschlagen.

Wirtschaftliches.

Von der gewerblichen Betriebszählung.

Über die gewerbliche Betriebszählung vom 16. Juni 1925 liegen jetzt die ersten Angaben für das Reich vor. Am Zählungstage wurden im Deutschen Reich ohne Saargebiet gezählt:

Table with 4 columns: Gewerbeabteilung, Betriebe, Beschäftigte Personen, and sub-columns for Zahl and u. S. Rows include A. Landwirtschaft, B. Industrie einchl. Bergbau, C. Handel und Verkehr, D. Theater, Musik u. Schauspielergewerbe, E. Dienstleistungsgewerbe.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterinternationale zur Gewerkschaftsfrage in Italien.

Am 21. Februar fand im Gebäude des IWB. in Amsterdam unter dem Vorsitz von Johanson eine gemeinsame Sitzung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (S.A.I.) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt.

Die Vertreter der beiden Internationalen hatten jeden Versuch des Kompromisses mit der faschistischen Willkürherrschaft in Italien nicht nur für unzulässig, sondern auch für verwerflich.

Die Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter und ebenso die Leitung der italienischen Gewerkschaftsbewegung waren nach der Verschärfung der Lage in Italien gezwungen, ihren Sitz nach dem Auslande zu verlegen, um die Richtlinien des Kampfes gegen den Faschismus in Italien in Offenheit und Klarheit immer wieder zum Ausdruck bringen zu können.

Ausland.

Die Fünftageswoche in den Vereinigten Staaten.

Die Fünftageswoche wird in Amerika nicht nur in einem Teil der Großbetriebe durchgeführt, sondern sie ist auch in einer Reihe anderer Gewerbe schon verbreitet. Das amtliche Organ des amerikanischen Arbeitsministeriums, Monthly Labor Review vom Dezember 1926 gibt eine Übersicht über die Durchführung der Fünftageswoche.

In der Bekleidungsindustrie ist die Fünftageswoche am häufigsten in der Herstellungsindustrie anzutreffen. 5 Prozent der Betriebe sind ein Drittel der Arbeiter, die von einer Erhebung des Amtes für Arbeitsstatistik erfaßt wurden, arbeiten wöchentlich 5 Tage.

enthält, jedoch eine Bestimmung, wonach in der Herstellungs- und Sonntagsruhe gearbeitet werden muß.

Die organisierten Bau- und Maschinenarbeiter von New York und Philadelphia arbeiten an 5 Tagen wöchentlich 44 Stunden. Auf Grund der karitativen Bestimmungen soll jedoch die wöchentliche Arbeitszeit in diesem Jahr noch auf 40 Stunden herabgesetzt werden.

Außerdem ist die Fünftageswoche an die 40-Stundenwoche für die organisierten Arbeiter folgender Gewerbe und Berufe durchgeführt: in der Mantel-, Kleider- und Hemdenfabrikation von Boston; in der Industrie für wasserdichte Bekleidungsstücke, in der Schneiderei, in der Knopflochschneiderei und in der Damenmäh-Schneiderei von New York.

Rundschau.

Die wahren Ursachen der chinesischen Revolution.

Der Weltreisende Dr. Colin Ross, dessen Presseberichte und Bücher gerade heute wieder aktuell sind, gibt den wahren Ursachen der Chinesen in seinem glänzend geschriebenen Werk „Das Meer der Entdeckungen. Weidertsehs des Pazifik“ (Brochhaus, Leipzig) nach.

Um jeden Mann herum arbeiten seine Kinder, Knaben und Mädchen, beide in den gleichen bloßen Hosen, mit entblößten Oberkörpern. Sie kauern auf niedrigen Hockern und halten schwere, breite Messer in den Händen.

In den Läden, halb auf der Straße — denn der enge Raum schneidet keinen Platz mehr für sie zu haben — kauern die Frauen. Sie haben die Hingang, die ihre Oberkörper becken, offen stehen.

Wer wird angesichts solcher Zustände, wie sie die brutale Ausbeutung des Kindes bedeutet, der chinesischen Revolution, wenn sie sich hiergegen wendet — nicht warme Sympathien entgegenbringen?

Arbeitsgemeinschaft.

Unter dieser Überschrift schreibt der Redakteur Striemer, Vorsig-Zeitung, Nummer 1 und 2:

Die häufigste Form der Arbeitsgemeinschaft ist die Vereinigung von Menschen gleicher Interessen, Ziele und gleichen Strebens, um durch Gemeinschaftsarbeit höhere Leistungen und größere Erfolge zu erzielen.

Über auch zwischen Menschen mit gegensätzlichen Interessen kann, wenn sie aufeinander angewiesen sind, Arbeitsgemeinschaft zustandekommen. Sie bedeutet in diesem Falle insbesondere die Bereitwilligkeit, den Bemühungen um einen Ausgleich in kritischen Fragen nicht zu widerstreben.

Und wenn die Verständigungsbereitschaft nicht zum Ziele führt oder überhaupt kein Resultat bringt? Soll es dann bei der Verständigungsbereitschaft bleiben? Oder ist etwa die Verständigungsbereitschaft während eines Kampfes nicht unabweisend bei einer Partei vorhanden? Übrigens kann man behaupten, daß sogar die beiden Parteien verständigungsbereit sind.

Der Arzneimittelschlupf.

wird auf das schärfste vom Vorstände des Deutschen Apothekerkammer-Anschlusses, Dr. H. Meinecke, in der Münchener Medizinischen Wochenschrift kritisiert. Dr. Meinecke schreibt u. a.: Interessant ist es, den Wert der Spezialität im Verhältnis zu dem Preise zu prüfen und Versuche anzustellen mit den Kosten der rezeptmäßig verordneten Dosis.

Vergleicht man z. B. eine Mischung, Kalium jodat 10 : 200 mit bekanntem Jodpräparat, so tritt das deutlich zutage. Die Mischung enthält 10 Gramm Jodkalium — 7 Gramm Jod und kostet 2 Mk. Am dieselbe Menge Jod z. B. in Form einer bekannten Tablettspezialität dem Kranken zu verschaffen, müssen sieben Röhrgen à 2 Mk. verwendet werden, da im Röhrgen 20 Tabletten à 0,05 Jod gleich 1 Gramm enthalten sind.

Immerhin kosten in dieser Form 7 Gramm Jod statt 2 Mk. annähernd 7 Mk.

Diese Verteuerung ist naturgemäß, weil erstens der Fabrikant verdienen will und zweitens die Propaganda bezahlt werden muß, eine Propaganda, die durch Versand von Ärztemustern, persönliche Bearbeitung der Ärzte usw. oftmals Unsummen verschlingt.

Eine weitere Verteuerung tritt in den Fällen ein, wo Patente, Muster- und Namensrecht eine Rolle spielen. Man fragt sich, ob eine solche Verteuerung im Interesse der Volkswirtschaft zu beantworten ist.

Diese Frage des Verfassers ist sicher berechtigt. Die Krankenkassen, die als Großkonsumenten an einer vernünftigen Preisgestaltung der Arzneimittel lebhaft interessiert sind, verhalten sich bei sogenannten Arzneiverordnungsbüchern, durch die überflüssig, übermäßig, verordnete Arzneimittel ausgeschaltet werden, wenigstens einen Teil des leidenden Publikums zu schützen.

Konflikt in einer Konzessionsfabrik in Leningrad.

Pravda vom 29. Januar bringt folgende Mitteilung über einen Konflikt in einer Konzessionsfabrik in Leningrad.

Die Arbeiter der Konzessionsfabrik WZL haben in der Generalversammlung dem Betriebsrat wegen zahlreicher Verstöße gegen die gewerkschaftliche Disziplin und Ethik ihr Mißtrauensvotum ausgesprochen. Der Betriebsrat hatte unter anderem dem Konzessionsrat zu seinem Geburtstags-Blumen überreicht.

Verbandsnachrichten.

Meldungen für die Arbeiterhochschulen.

Am 1. Oktober eröffnen die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. und die Wirtschaftsschule in Berlin einen neuen Lehrgang. Wir fordern deshalb unsere Kolleginnen und Kollegen im Arbeits- und Angelegenheitsverhältnis auf, ihre Bewerbung bis zum 23. Mai beim Hauptvorstand anzureichen.

Die Bewerber sollen in der Regel das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und mindestens drei Jahre Mitglieder des Verbandes sein.

Die Bewerber zur Arbeiterakademie in Frankfurt haben neben der Abhandlung über ihren Lebenslauf eine Probearbeit über eines der nachstehend angegebenen Themen einzureichen:

- 1. Die Organisation meines Betriebes. (Technische Beschreibung; Beschreibung der speziellen Berufstätigkeit des Arbeiters; Produktionsorganisation; Arbeitsorganisation; Absatzorganisation; Verflechtungen mit anderen Betriebsunternehmungen; Funktionen von Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes; die im Betrieb angewandten Lohnformen; Wohlfahrtsleistungen und sonstige Maßnahmen.)
- 2. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Betriebsrat nach dem Betriebsrätegesetz.
- 3. Das Zustandekommen eines Gesetzes auf Grund der Reichsverfassung. (Es sind die möglichen Wege, auf denen ein Gesetz zustande kommen kann, darzustellen, einschließlich der Kompetenzen des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates, des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und des Volksentscheldes.)

Bewerber für die Wirtschaftsschule Berlin, die nicht am Fernunterricht teilgenommen haben, müssen neben der Schilderung ihres Lebenslaufes je ein Thema über „Staatslehre“ und „Volkswirtschaft“ aus dem vom Bildungsanschuß beim Bundesvorstand, Berlin S 14, Infeststraße 6, einzufordernden Richtlinien für den Fernunterricht der Düsseldorf-Wirtschaftsschule einreichen.

Die Bewerbungen müssen deshalb so frühzeitig erfolgen, weil die Schulleitungen von den zur engeren Wahl vorgeschlagenen Bewerbern noch Probearbeiten verlangen, von deren Erfolg die endgültige Zulassung zum Lehrgang abhängt.

Die Bewerber und ihre Angehörigen erhalten eine noch zu vereinbarende Entschädigung für die Dauer der Lehrgänge. Sie müssen sich verpflichten, während dieser Zeit keinerlei Nebenbeschäftigung anzunehmen, sondern ihre ganze Kraft und Zeit dem Studium zu widmen.

Um Irrtümern zu vermeiden, sei von vornherein betont, daß den Bewerbern der Schule keinerlei Unrecht auf eine Anstellung in der Gewerkschaft gewährleistet werden kann.

Die Arbeiterhochschulen haben auch Fernunterricht eingeführt, der den Zweck hat, die einzelnen Bewerber für den Besuch des nächsten Lehrganges vorzubereiten. Die geeigneten Bewerber, die in diesem Jahre nicht zum Zuge kommen, werden in entsprechender Anzahl vom Vorstand den Schulleitungen zum Fernunterricht vorgeschlagen. Es können sich deshalb auch Mitglieder bewerben, die von vornherein noch nicht die Absicht haben, an diesjährigen Lehrgang teilzunehmen, jedoch den Wunsch haben, zur Teilnahme am Fernunterricht zugelassen zu werden.

Verlorene oder gestohlene Mitgliedsbücher.

Dem Mitglied der Zählstelle Berlin Gustav Schwesefel geb. 5. 8. 1871, in den Verband eingetreten am 20. 4. 1905, ist sein Mitgliedsbuch S II Nr. 372 102 abhanden gekommen. — Dergleichen dem Mitglied der Zählstelle Berlin Alfred Wagner sein Buch G Nr. 175 590. Falls diese Bücher vorgefunden werden, sind sie abzugeben und an den Hauptvorstand einzuliefern. Der Vorfinder ist polizeilich festzustellen.

Zählstelle Stettin und Umgegend.

Die angeschriebene Stelle als Agitationsleiter ist besetzt. Allen Bewerbern für ihre Bemühungen besten Dank. Gewählt wurde der Kollege Richard Lerjow (Stettin). [250]

Berichtigung.

„Selbsthilfe für die Alten und für die Erwerbslosen.“ In dem unter dieser Überschrift in der Nr. 11 des Proletarier erscheinenden Artikel sind zwei Schiebler enthalten. Auf Seite 52 Seite 22 muß es 72,00 Mark heißen, nicht 720 Mark. In Seite 52 muß es statt Bezirksvorstände Bezirksverbände heißen.